

Schlaining-Juli-2008

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und
Konfliktlösung, Burg Schlaining

25. Internationale Sommerakademie
„Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd?“

Elmar Altvater*

Die Kriege der Armen mit den Waffen der Reichen – Regionale Konflikte und ihre globalen Ursachen

(Vortrag am 7. Juli 2008; noch vorläufige, zu überarbeitende Version!)

1. Einleitung: Paradoxien der Kriege

In militärischen Interventionen, die im NATO-Jargon und im Grundlagenvertrag der EU (Art. 42) „Missionen“ genannt werden, wird zumeist das zerstört, was die intervenierenden Parteien zu verteidigen vorgeben. Das war schon während der Missionen der Missionare des Kolonialzeitalters so. Um die Seele für den Christengott zu retten, wurden die missionierten armen Teufel schon einmal ins Verderben geführt. In J. M. Coetzee's Roman „Warten auf die Barbaren“ aus dem Jahre 1980 (Coetzee 2003) begehen die Verteidiger der „Zivilisation“ gegen die Barbarei Gräueltaten, die alles in den Schatten stellen, was man den „Barbaren“ als Grausamkeiten zuschreibt. Heute bleiben bei der vorgeblichen Verteidigung der Menschenrechte diese sehr oft schon wegen der Unverhältnismäßigkeit der eingesetzten militärischen Mittel auf der Strecke. Die Absicht ist gut: Menschen sollen, auch mit Hilfe militärischer Interventionen, in Wahrnehmung einer

* Professor i.R., Otto Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin: E-mail: altvater@zedat.fu-berlin.de

„Schutzverantwortung“ („responsibility to protect“, abgekürzt: R2P) vor Verletzungen ihrer Rechte bewahrt werden. Doch die Verletzung von Menschenrechten, die Unterminierung von menschlicher Sicherheit, die Blockade menschlicher Entwicklung – um diesen „Dreiklang“ im Diskurs der Vereinten Nationen an den Anfang zu stellen – sind nicht immer von Schurkenstaaten oder korrupten Regierungen zu verantworten, sondern die Folge globaler Krisen, die sehr häufig in der OECD-Welt ihren Ursprung haben.

Mit dieser Thematik beschäftigt sich der nachfolgende Beitrag. Zunächst wird das Konzept der „Schutzverantwortung“ näher betrachtet. Danach werden globale Krisen und die Zusammenhänge der Krisensymptome als „root causes“, als Ursachen für und Wurzeln der Verletzungen der Menschenrechte thematisiert, bevor die Konsequenzen der „root causes“ und der daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen für Ungleichheit und Armut betrachtet werden. Schließlich wird gezeigt, wie die globalen Risiken und deren Konsequenzen zur politischen Chaotisierung in der Welt beitragen und wie durch Aufrüstung der NATO-Länder und einen umfangreichen Waffenhandel kriegerische Auseinandersetzungen provoziert und ermöglicht werden. Waffenhandel und Aufrüstung werden zu einem großen Teil mit dem Zugriff auf verwertbare Ressourcen finanziert. Kriegsökonomien entstehen, die aber nur funktionieren können, wenn die Industrieländer, die Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte übernehmen, dabei aktiv mitwirken und als Abnehmer der Rohstoffe fungieren.

2. Eine Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte?

Das Konzept der „Verantwortung zum Schutz von Menschen“ steht spätestens seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien in der UNO zur Debatte. Die zu Schützenden werden zum Objekt militärischer Intervention einer ein legitimes Gewaltmonopol – gegen die nationalstaatliche Souveränität - beanspruchenden „Weltgemeinschaft“. Kofi Annan formulierte diese „Verantwortung“ – der Begriff drückt etwas Informelles, jedenfalls kein formelles Recht aus - noch als Frage: „...if humanitarian intervention is, indeed, an unacceptable assault on sovereignty, how should we respond to a Rwanda, to a Srebrenica – to gross and systematic violations of human rights that affect every precept of our common humanity?“ (zit. in:

„International Commission on Intervention and State Sovereignty“ - ICISS 2001: VII).

Tatsächlich deutet die Frage auf ein Dilemma zwischen Souveränität als dem Grundprinzip der internationalen Ordnung seit dem Westfälischen Frieden von 1648 und dem Schutz der Menschenrechte als dem Grundprinzip des menschlichen Zusammenlebens seit der französischen Revolution und der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung etwa 150 Jahre später. Die Übernahme einer „Schutzverantwortung“ ist daher im Prinzip einerseits an die vor 60 Jahren vereinbarten Normen aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gebunden. Es handelt sich um „...action taken against a state or its leaders, without its or their consent, for purposes which are claimed to be humanitarian or protective“ (ICISS 2001: 8; ähnlich Evans 2008). Daraus kann der „liberale Interventionismus“ abgeleitet werden, d.h. das Recht der präventiven Einmischung in die inneren Angelegenheiten von anderen souveränen Staaten; denn das „im Westfälischen Frieden von 1648 etablierte Prinzip der Nichteinmischung (sei) veraltet“ (Powell 2008: 56). Es gehe darum, „Menschheitsverbrechen“ zu unterbinden (Evans 2008) und dies mit dem „allerletzten Mittel“ der militärischen Intervention, wenn andere Maßnahmen der Prävention versagt haben und „kein anderes Mittel überzeugender oder erzwingender Art – politisch, diplomatisch, ökonomisch oder rechtlich – noch eine Erfolgsaussicht hat“ (ebenda).

Doch das faktische Handeln der großen Mächte folgt in aller Regel nicht dieser Norm. Sonst wäre es nicht nachvollziehbar, warum die „Weltgemeinschaft“ während des Ethnozids in Ruanda, dem an die 800.000 Menschen zum Opfer gefallen sind, untätig blieb und etwa ein halbes Jahrzehnt später in Jugoslawien in Gestalt der sich selbst mandatierenden NATO schlagkräftig intervenierte (so Michael Jäger 1999), warum Ruanda und Srebrenica unterschiedliche Reaktionen der „Weltgemeinschaft“ auslösten, obwohl doch Kofi Annan die Gleichartigkeit unterstrichen hat und diese auch im R2P-Konzept hervorgehoben wird.

Möglicherweise gab es in Ruanda keine besonderen ökonomischen und politischen Interessen zu verteidigen, in Jugoslawien aber sehr wohl. Geopolitische Erwägungen und die Errichtung von Militärstützpunkten sind wichtige Beweggründe für staatliches Handeln. Das haben schon die Konditionen von Rambouillet vor dem Bombardement Serbiens gezeigt. Am Horn von Afrika werden die Transportrouten

durch das Rote Meer gegen „Terroristen“ oder Piraten geschützt. Afghanistan ist die Brücke zwischen dem ölreichen Zentralasien und dem indischen Ozean und die östliche Klammer um den Iran. Der Irak ist die westliche Klammer, mit der der Iran in die Zange genommen wird. Es fließt viel Blut wegen der Kontrolle des Ölflusses aus dem Nahen und Mittleren Osten, dem Kaukasus und Zentralasien und alle Rechtfertigungen mit Bedrohungen menschlicher Sicherheit (Die Massenvernichtungswaffen des Saddam Hussein-Regimes) haben sich als interessierte und plumpe Lügen herausgestellt. Daher nennt der liberal-konservative Zbigniew Brzezinski die Aggression der USA und ihrer schändlichen „Allianz der Willigen“ gegen den Irak eine „historische, strategische und moralische Katastrophe“ (nach Grefe/ Schumann 2008: 413).

Dabei ist sich die „International Commission on Intervention and State Sovereignty“ durchaus über eine in die Schutzverantwortung einbezogene Verantwortung zur Vorbeugung („responsibility to prevent“) im Klaren. Allerdings bezieht sie diese nur auf „root causes and direct causes of internal conflict and other man-made crises putting populations at risk“ (IISS 2001: XI). Root causes, die sich aus „global risks“ (WEF 2008) ergeben, sind dabei nicht explizit berücksichtigt. Denn ist nicht die von den globalen Ordnungsmächten betriebene Nutzung von Biomasse für die Tanks der Automobile für die derzeitige Krise der Nahrungsmittelversorgung mitverantwortlich und daher für die Verletzung eines fundamentalen Menschenrechts? Stammen nicht die Waffen, mit denen Konflikte ausgetragen werden, zum größten Teil aus den Waffenschmieden der „zivilisierten“ Welt? Sind nicht die reichen Länder für die Klimakatastrophe hauptverantwortlich? Schotten sie sich nicht auf brutale Weise gegen Migrantinnen und Migranten ab, um sie in ein trostloses Schicksal der Illegalität zu treiben und sie in Armut zu lassen?

Das Konzept der Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte wirft eine Reihe von grundsätzlichen Fragen auf. *Erstens* ist das Konzept der „Schutzverantwortung“ völkerrechtlich nicht verbindlich. Die meisten Staaten – darunter die weltpolitisch wichtigen BRICS-Staaten Brasilien, Indien, China, Russland, Südafrika – befürchten, dass das Völkerrecht außer Kraft gesetzt und die nationalstaatliche Souveränität durch R2P eingeschränkt werden könnten. Die USA wiederum wollen sich der möglichen Bindungswirkung des Konzepts nicht unterwerfen. Sie üben ja bereits eine „Schutzverantwortung“ aus - freilich gegenüber den eigenen Interessen, und an internationalen Institutionen und deren bindenden Wirkungen vorbei. Wenn es denn

opportun erscheint, werden Allianzen von Willigen, oder wie der Konservative Kagan und der republikanische Präsidentschaftskandidat McCain vorschlagen, eine „League of democracies“ aus der Taufe gehoben.

Zweitens fungieren Menschenrechte darin als „moralische Wertorientierungen“, wie Jürgen Habermas in seiner Rechtfertigung der Bombardierung Serbiens durch die NATO im Frühjahr 1999 (Die Zeit 19/ 1999) darlegt. Es habe sich eine Transformation des Völkerrechts in ein "Recht der Weltbürger" vollzogen. Folglich könne die "unmittelbare Mitgliedschaft in einer Assoziation von Weltbürgern ...den Staatsbürger auch gegen die Willkür der eigenen Regierung schützen.... Nach dieser westlichen Interpretation könnte der Kosovo-Krieg einen Sprung auf dem Wege des klassischen Völkerrechts der Staaten zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft bedeuten". Mit dieser dogmatischen Position ausgestattet kommen Habermas allenfalls "Zweifel... an der Zweckmäßigkeit der Militärschläge", nicht an deren politischem Sinn, moralischer Qualität oder humanitären Konsequenzen. Um diese Zweifel ausräumen zu können, hat die ICISS „precautionary principles“ ausgearbeitet, die sich zum Teil den Diskursen um den „gerechten Krieg“ verdanken: „right intention, last resort, proportional means, reasonable prospects“ (ICISS 2001). Doch Freiheit lässt sich nicht exportieren, sie muss immer wieder erkämpft werden. Alle Versuche, sie zu exportieren und dies mit R2P zu rechtfertigen, führen in den „Bankrott einer Ideologie“ (Canfora 2008).

Halten diese Prinzipien stand, wenn *drittens* die Art der Kriegführung berücksichtigt wird? Im Luftkrieg wird eine Zerstörungskraft mobilisiert, die zur Erreichung des Ziels, die Menschenrechte zu schützen, in jeder Hinsicht unangemessen ist. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Paradoxie der Schutzverantwortung: Menschenrechte werden geschützt, indem sie infolge der Art der Kriegführung massiv verletzt werden. Dies war schon in Jugoslawien so und geschieht ungleich stärker im Irak und in Afghanistan.

Viertens sind in der "Weltbürgergesellschaft" alle Weltbürger formell gleich – der Pilot im Cockpit eines Tornado und die Reisende im Zug auf der bombardierten Brücke, der Kriegsgewinnler und der Kriegsverlierer; der Arme, dem Leistungen gestrichen werden, weil der Krieg ja finanziert werden muss, und der Boss eines transnationalen Unternehmens, dessen Gehalt nach einer globalen Fusion gerade aufgestockt wurde, diejenigen, die aufgrund der globalen Finanzkrise ihre Arbeit

verloren haben, und jene, deren Vermögen minütlich um einen vierstelligen Betrag wächst. In nationalen Gesellschaften hat es gegen extreme Ungleichheiten Ausgleichsmechanismen gegeben, die infolge der Globalisierung rostig geworden sind. In der "Weltbürgergesellschaft" gibt es die Mechanismen nicht oder nur höchst unzureichend als „Entwicklungshilfe“. Es gibt aber Prävention gegen die möglicherweise unangenehmen Folgen von Armut, Elend, Krise und Zerstörung: durch Mauern, Stacheldraht und elektronische Schranken oder auch, wenn denn anders nicht möglich, durch Einreise- und Abschieberichtlinien, und den Einsatz des Militärs. Die Schutzverantwortung wird in diesem sozialen und politischen Kontext zur Verteidigung des status quo einer Welt von Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Krisen wahrgenommen. Doch darüber schweigt das Raisonement der „liberalen Interventionisten“ (vgl. Powell 2008 und seine Rechtfertigung der Kriegspolitik von Tony Blair)

Also: Ohne Berücksichtigung des sozioökonomischen Kontextes ist die Schutzverantwortung nichts als eine Usurpation, die Ausübung eines Rechts des Stärkeren. Dem können sich die Schwächeren nur unterwerfen. Nein, sie sollten sich unterwerfen, meint die Weltsoziologin Sybille Tönnies, die sich dabei – zu Unrecht, denn der Zitierte argumentierte luzider - auf Thomas Hobbes beruft: „Damit die Gewaltmonopolisierung möglichst unblutig verläuft, muss sich die stärkste Macht möglichst schnell durchsetzen und die rivalisierenden Mächte müssen kapitulieren“ (Tönnies 2008). Das Buch der Geschichte der Klassenkämpfe könnte zugeschlagen werden, wenn soziale Bewegungen in der Geschichte diesem Rat gefolgt wären und niemals hätte eine neue Gesellschaft, deren Geburtshelferin die Gewalt ist, entstehen können.

Entscheidend ist aber *fünftens*, dass Gefährdungen von Menschenrechten, dass die Unterminierung von menschlicher Sicherheit (UNDP 1994; DESA 2008) durch jene Mächte verursacht wird, die dann die Schutzverantwortung für Bevölkerungen übernehmen, die die Sekundärfolgen der Untergrabung menschlicher Sicherheit zu erleiden haben. Es gibt also nicht nur „internal root causes“, sondern auch „global root causes“. Für diese sind aber die Machtstrukturen der globalisierten Welt verantwortlich, und dabei die Akteure in diesen Strukturen. Das sind nicht nur Staaten und deren Regierungen oder Nicht-Regierungsorganisationen, sondern ökonomische Großmächte, transnationale Konzerne. Viele haben sich schwerer Verstöße gegen Prinzipien der „good governance“ schuldig gemacht. Sie verfolgen

Praktiken der Korruption und unterminieren so demokratisch legitimierte Institutionen, missachten soziale Standards in der Arbeitswelt, wie sie von der ILO festgelegt wurden, sind für große ökologische Schäden und gar Katastrophen verantwortlich. Sie sind auch an Verletzungen der Menschenrechte direkt und indirekt beteiligt. Dafür ließen sich viele, viel zu viele Beispiele zitieren, z. B. jene, die auf den Sitzungen des Permanenten Tribunals der Völker über die Verletzung sozialer und ökologischer Menschenrechte durch transnationale Unternehmen aus der EU in Lateinamerika während der Gegenkongresse „Enlazando Alternativas“ (in Wien 2006 und Lima 2008) präsentiert und von einer internationalen Jury zu einem Richtspruch zusammengefasst wurden (<http://www.enlazandoalternativas.org/spip.php?article229>). Der Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen im Süden, die ihren Ursprung im Norden haben, können sich die auf „good governance“ drängenden Industrieländer nicht entziehen. Wir müssen uns also mit den globalen „Risiken“, die sich schon längst zu globalen Krisen zugespitzt haben, auseinandersetzen.

3. Die vierfache globale Krise

Das einer kritisch-emanzipatorischen Weltsicht nicht verdächtige Weltwirtschaftsforum von Davos hat in der bislang zumeist als stabil interpretierten neoliberalen Weltordnung 2008 „globale Risiken“ ausgemacht, die die menschliche Sicherheit gefährden: (1) die Energiekrise, weil das Öl dabei ist, zur Neige zu gehen (Peakoil) und daher die Energiepreise nach oben weisen, (2) klimatische Veränderungen mit ihren Auswirkungen auf das humane Habitat, (3) die Krisen der Finanzmärkte, und nicht zuletzt (4) Ungleichheit und Armut, Hunger und andere „Mangelerscheinungen“ in der Welt (Vgl. WEF 2008). In manchen Ländern wird die Einkommensarmut mehr und mehr durch Energiearmut verstärkt, zumal wenn sich auch die Versorgung mit Nahrungsmitteln, das ist Energieversorgung für das menschliche Leben, verschlechtert.

Die globalen Risiken sind nicht unabhängig voneinander, sie beeinflussen sich wechselseitig. Der Klimawandel ist vor allem eine Folge der Verbrennung fossiler Energieträger, weil sich die Emissionen der Treibhausgase in der Atmosphäre konzentrieren und daher den Strahlenhaushalt der Erde verändern: die Wärmeabstrahlung ins „kalte“ Weltall wird behindert. Der Konzentrationsgrad ist

von vorindustriellen ca 280 ppm auf heute etwa 380 ppm angestiegen. Dafür sind zu vier Fünfteln die alten Industrieländer in Nordamerika und Westeuropa verantwortlich. Auch heute noch stammt der größte Teil der Emissionen aus den Auspuffs und Schloten in den „reichen“ Ländern. Die Folgen der Erderwärmung sind bekannt, der Weltklimarat (IPCC 2008) oder der „Stern-Review“ (2007) haben sie aufgeführt. Sie reichen vom Abschmelzen der Eiskappen an den Polen, dem Anstieg des Meeresspiegels, von Überflutungen küstennaher Gebiete, dem Verschwinden der Hochgebirgsgletscher, ausgedehnten Dürren mit Wüstenbildung bis zu ungewöhnlichen Wetterereignissen wie Hitzewellen oder zerstörerischen tropischen Stürmen. Die Schäden können sich, so rechnet insbesondere der Stern-Review vor, auf bis zu 20% des globalen Sozialprodukts belaufen. Nun verbreitet der Review die Trostformel, man könne diese monetär bemessenen Schäden durch Klimaschutzmaßnahmen in Höhe von 1% des Weltsozialprodukts präventiv (responsibility to prevent) vermeiden. Wenn der Stern-Review sich irrt und die Folgelasten nicht präventiv vermieden werden können, sind Klimakonflikte, ja Klimakriege nicht ausgeschlossen (Welzer 2008). Eine wirkliche Prävention ist nur möglich, wenn das Energieregime von der Quelle (der Extraktion des Öls aus dem Boden) bis zur Senke (der Deponierung der Treibhausgase in der Atmosphäre) umgebaut wird (Altvater 2005).

Im Stern-Review kommt eine generelle Tendenz zum Ausdruck, nämlich globale Risiken und Krisen in monetären Größen zu bewerten und so von den qualitativen Verschiedenheiten der ökologischen, sozialen, ökonomischen und politischen Folgen des Anstiegs der Erdmitteltemperatur abzusehen und mit der Geldbewertung implizit zu unterstellen, die Schäden seien durch monetäre Zahlungen zu vermeiden, zu kompensieren oder zu beheben (vgl. dazu Altvater 2008). Die monetären Maßzahlen, wie sie in den vielen internationalen Reports zur Weltentwicklung, zur menschlichen Entwicklung, zur menschlichen Sicherheit, zur Instabilität von Finanzmärkten, zu den Verlusten der Artenvielfalt usw. zu finden sind, ergeben sich aus der Logik der fetischhaften Warenwelt. Die drohende Klimakatastrophe, die Ausrottung einer Art, die Finanzkrise – alles hat einen Preis, der ist hoch und mindert den Wohlstand. Klimaschutz ist zwar nicht umsonst zu haben, kostet aber weniger als die Klimaschäden. Also ist er ein gutes, rational begründbares Geschäft. Die Kalkulation in monetären Größen scheint es zu beweisen.

Dazu fällt einem das Lied aus Bertolt Brechts Lehrstück „Die Maßnahme“ ein:

„Ich weiß nicht, was ein Reis ist/
ich weiß nicht, wer das weiß?/
Ich weiß nicht, was ein Reis ist,
ich weiß nur seinen Preis.“

Auch der WBGU hat in seiner Studie zum „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ (2007) auf verschiedene „klimainduzierte Konfliktkonstellationen“ aufmerksam gemacht: die Degradation der Süßwasserressourcen, den Rückgang der Nahrungsmittelproduktion, die Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen, die erzwungene Migration. Staaten werden geschwächt, Regierungen verlieren ihre regulative Potenz an Marktakteure mit negativen Auswirkungen für die Verteilung der Einkommen und Vermögen. Die internationale Stabilität wird in einer so zu charakterisierenden Lage gefährdet.

Die Preissteigerungen der fossilen Energieträger sind auch eine Folge der finanziellen Spekulation, die sich auf liberalisierten Finanzmärkten unreguliert entfalten und die Ernährung der Menschen gefährden kann. Die Finanzkrise des Immobiliensektors seit 2007 nämlich hat zur Folge, dass Geldvermögensbesitzer auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagen nun in Rohstoffe oder in Derivate von Rohstoffwerten investieren, so dass deren Preise steigen. Dies geschieht seit 2008 in großem Umfang sowohl auf Märkten für fossile Energieträger als auch für Nahrungsmittel, so dass die Finanzspekulation einen Einfluss auf die Preise fossiler Energie für die Motoren der Autos und auf die Preise von biotischer Energie für die Ernährung von Menschen ausübt. Weil diese Energieformen zum Teil substituierbar sind, wird es rentabel, bei steigendem Preis fossiler Energie die in Pflanzen gespeicherte biotische Energie als Energiequelle für Motoren zu nutzen, die für die Verbrennung fossiler Energie konstruiert worden sind.

Die Spekulation auf steigende Preise von Energierohstoffen würde zu einem Halt kommen, wenn nicht tatsächlich „fundamentale“ Tendenzen die Preissteigerung tragen würden. Das Öl hat den Höhepunkt der Förderung erreicht oder wird ihn sehr bald erreichen („Peakoil“). Das Angebot von Öl lässt sich nach dem Peak nicht mehr dauerhaft steigern. Zwar ist es möglich, kurzfristig die Ölförderung mit hohen Kapitalinvestitionen in die Infrastruktur der Förderung (zumal im Falle „unkonventionellen Öls“, etwa bei Tiefseebohrungen), in den Transport (Pipelines), in die Raffinerie und Weiterverarbeitung, nicht zuletzt auch in die militärische Sicherung der „Brennpunkte“ der Transportrouten am Roten Meer, in der Straße von Hormuz etc. und die Raffinierung zu steigern. Da gleichzeitig die Nachfrage nach

fossiler Energie in der Welt zunimmt, gehen aber dennoch auf freien unregulierten Märkten die Preise unweigerlich in die Höhe. Spekulanten auf langfristig steigende Ölpreis sind also auf der sicheren Seite. Die Energiepreise haben sich seit dem Jahrhundertwechsel bis Juni 2008 vervierfacht (World Bank 2008). Die Preissteigerungen sind zwar ungünstig für Verbraucher, haben aber einen erwünschten Nebeneffekt. Teures Öl sei der beste Klimaschutz, argumentiert der ehemalige Forschungsdirektor des Internationalen Währungsfonds Kenneth Rogoff (FTD 13.5.2008).

Wenn dieser aber zustande kommt, nicht weil weniger mit dem Auto gefahren wird, sondern weil nun mehr Agrokraftstoffe in den Tank der Autos gefüllt werden, wird die Landnutzung von der Nahrungsmittelproduktion zur Spritdestille umgewidmet. Dies ist der wohl wichtigste Grund für den gegenwärtigen, starken Preisanstieg bei Nahrungsmitteln; sie haben sich seit 2000 fast verdreifacht und die Preise für Düngemittel sind 2008 mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2000 (World Bank 2008). Der „Guardian“ (3.7.2008) zitiert eine Studie der Weltbank, die die Produktion von Agrokraftstoffen für 75% des Preisanstiegs bei den Nahrungsmitteln verantwortlich macht (Vgl. auch ND 5.7.08 und die heftige Polemik in SZ, 10.7.2008). Auch Oxfam (2008) schreibt, dass und wie Agrokraftstoffe zur Verarmung der Menschen beitragen und noch nicht einmal das Klima entlasten, sondern im Gegenteil den Klimawandel noch beschleunigen. Vorsichtiger, aber im Ergebnis ganz ähnlich wird in Empfehlungen der Weltbank zum Hokkaido-Toyako-Gipfel der G8 argumentiert (<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:21827681~pagePK:64257043~piPK:437376~theSitePK:4607,00.html>).

Die EZB benennt noch weitere Ursachen des Anstiegs der Preise von Nahrungsmitteln, die unabhängig von der Ölpreisentwicklung sind: demografische Verschiebungen, veränderte Ernährungsgewohnheiten der besser gestellten Mittelklassen in der Welt, „ungünstige Witterungsbedingungen“, steigende Transportkosten und Verteuerung der Düngemittel (die wiederum eine Folge des Anstiegs der Energiepreise ist) (EZB, Monatsberichte Juni 2008: 8ff). Nicht erwähnt werden in diesem Katalog: die Agrarsubventionen und die Exportpolitik der EU und der USA, die Liberalisierung des Agrarhandels und dessen Unterwerfung unter das Regelwerk der WTO, die Öffnung der nationalen Ökonomien bei der Anwendung der „Konditionalität“ der Bretton Woods Institutionen gegenüber verschuldeten

Ländern (gemäß „Konsens von Washington“), die Zerstörung einer autonomen Landwirtschaft und die Auslieferung der Agrarproduktion und der Vermarktungsstrukturen an die großen transnational agierenden Agro-Konzerne. Diese setzen obendrein auf genetisch manipuliertes Saatgut, Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel und unterminieren so die „Ernährungssouveränität“, wie die global operierende Bauernorganisation Via Campesina kritisiert. Daher werden Nahrungsmittel in vielen Ländern teuer wie Produkte aus Luxusboutiquen und für breite Massen unerschwinglich (Frei Betto). Revolten brechen aus. Dabei sind es in vielen Fällen nicht die Hungernden, die revoltieren. Denn die sind zumeist viel zu sehr mit dem Überlebenskampf beschäftigt. Es sind die Bewohner der chaotischen Favelas, Barrios, Slums, im „Planet of Slums“ (Davis 2006), die demonstrieren, revoltieren, plündern.

Längerfristig können höhere Preise für Nahrungsmittel aber für arme Länder ein „Glück im Unglück“ sein („a blessing in Disguise for Africa“), tröstet die OECD (Development Center, Policy Insights No. 66, May 2008). Es lohne sich, die Subsistenz-Landwirtschaft in ein „profitable business“ zu verwandeln und die Vermarktung von Nahrungsmitteln voran zu bringen. Dieser „Segen“ des Marktmechanismus kann sich freilich sehr schnell in einen Fluch verkehren. Lebensmittel, die zur Handelsware geworden sind, dienen nicht in erster Linie dazu, den Bauch zu füllen, sondern den Geldsack. Wenn es um Profit geht, bleiben die Nahrungssicherheit und die Ernährungssouveränität als fundamentale Menschenrechte auf der Strecke. Das war und ist einer der Gründe für die Zerstörung der tradierten Landwirtschaft und der ihr angepassten Vermarktungsstrukturen (Bello 2008).

Die destabilisierende Entwicklung der Energiepreise, des Klimas und der Nahrungsversorgung haben mit natürlichen Bedingungen so gut wie nichts zu tun, sind aber für die Natur und die in ihr und von ihr lebenden Menschen schädlicher als ein tropischer Wirbelsturm oder ein durch ein Seebeben ausgelöster Tsunami. Dies sind auch die Ursachen für die wachsende Ungleichheit in der Welt, für die zunehmende Informalisierung von Arbeit, Geld und Politik (Altvater/ Mahnkopf 2002), für Armut und Hunger, die trotz der Millenniumsziele nicht rückläufig sind. Anders als der Mecklenburger Heimatdichter Fritz Reuter meinte, kommt die Armut doch nicht „von der Powerteh“, sondern von den „global root causes“ der menschlichen Unsicherheit (vgl. auch DESA 2008).

4. Die Armut in der Welt

Armut hat es in menschlichen Gesellschaften zwar immer gegeben und auch karitative Umgangsformen mit ihr. Aber erst in unserer („modernen“) Zeit wird Armut gemessen, in monetären Größen kalkuliert und in der Zeit und im Raum vergleichbar gemacht. Auch wenn Armut nicht einfach in Geldgrößen indiziert werden kann, geschieht dies; erneut kann Bertolt Brecht mit seinem Lehrstück „Die Maßnahme“ zitiert werden:

„Weiß ich, was ein Mensch ist?/
Weiß ich, wer das weiß!/
Ich weiß nicht, was ein Mensch ist/
Ich kenne nur seinen Preis“.

Der ist niedrig, wenn wir die Armutsstatistiken von Weltbank und UNDP betrachten. Armut kann vieles bedeuten, ganz verschiedene Gesichter in verschiedenen Kontinenten und Ländern haben. Doch sie wird von den internationalen Organisationen über den monetären Kamm geschoren: Menschen, die weniger als 1 US\$ pro Tag „kosten“ und diese als Einkommen kaufkräftig ausgeben können, gelten nach dieser monetären Definition als arm. Diese ist deshalb so wichtig, weil sie benutzt wird, um die Erfüllung des ersten Millenniumsziels zu messen, nämlich die Zahl der Armen und Hungernden bis 2015 zu halbieren.

Der Preisausdruck eines Menschen ist in mehrfacher Hinsicht problematisch; ethische Erwägungen werden dabei noch nicht einmal berücksichtigt. *Erstens* können gleiche Pro-Kopf-Einkommen, auch wenn sie in Kaufkraftparitäten umgerechnet werden, den unterschiedlichen Lebensbedingungen in verschiedenen Gesellschaften nicht Rechnung tragen. *Zweitens* werden Verteilungsungleichheiten zwischen Ländern nicht berücksichtigt, ebenso wenig wie unterschiedliche Zusammensetzungen der Güterbündel zwischen Einkommensschichten in einem Land und zwischen Ländern. Die Messung der Armut in Geldgrößen (1\$-Armutsgrenze) ist dann fragwürdig, wenn die Preise von überlebensnotwendigen Gütern im internationalen Vergleich stärker anziehen als die Preise von weniger grundlegenden Gütern. So könnte es sein, dass die auch für Hilfsleistungen herangezogenen Armutsstatistiken die Zahl der Armen zu niedrig ausweisen (Pogge 2008). Auch die Frage, von welchem Basisjahr ausgehend die Entwicklung der Armut berechnet wird, ist wichtig. Denn sie kann zu (Selbst)täuschungen führen. Das erste Millenniumsziel von 2000, die Reduktion des Anteils von Menschen an der

Weltbevölkerung, deren Einkommen weniger als 1 US\$ beträgt, um die Hälfte im Vierteljahrhundert von 1990 bis 2015 ist „trickreich“ formuliert (Pogge 2006). Denn wenn die Zahl der Armen gleich bleibt oder gar ansteigt, sinkt dennoch deren Anteil infolge des bis 2015 prognostizierten Bevölkerungswachstums. Erfolg kann vermeldet werden. Außerdem ist die Zeitspanne vom Jahr der Formulierung der Millenniumsziele (2000) aus ins Jahr 1990 zur „Großvätergeneration“ zurückdatiert worden, um den Zeitraum zur Erreichung des Ziels um 10 auf insgesamt 25 Jahre zu dehnen. In China und Indien ist gemäß dieser Zeitrechnung paradoxerweise schon vor der Formulierung der Millenniumsziele im Jahre 2000 das Ziel der Halbierung der Armut erreicht worden. In vielen anderen Weltregionen jedoch wird das Ziel auch 2015 weit verfehlt.

Arme Menschen sind *drittens* anders von Krisen betroffen als die Reichen, und der Wert eines Dollar für Arme ist ein anderer als für Reiche. Die Verfügung über Geld und Geldeinkommen macht die Menschen auf der einen Seite (qualitativ) gleich, ist auf der anderen Seite aber für (quantitative) Ungleichheiten je nach der Höhe der verfügbaren Beträge verantwortlich. Der monetäre Maßstab kann also in die Irre führen; die Vergleichbarkeit ist nur eine scheinbare. Dies zeigt sich auch, wenn berücksichtigt wird, dass unterschiedliche monetäre Einkommen auch Unterschiede bei der Ressourcennutzung, beim Zugang zur Natur einschließen, also unterschiedliche „capabilities“ der menschlichen Entwicklung begründen (Amarthya Sen). Diese sind in urbanen Slums andere als auf dem Land, und dort je nach Landverteilung und Anbauart unterschiedlich.

Die globalen Krisen sind im Sinne des Konzepts der responsibility to protect die Ursachen („root causes“) dafür, dass die Zahl der Armen und Hungernden nicht zurückgeht, der informelle Sektor nicht kleiner sondern größer wird und daher ein bedeutsamer Grund von Konflikten zwischen Nationen und innerhalb von Gesellschaften schwelt, der immer wieder blutig ausbricht. Wenn dies mit schweren Menschenrechtsverletzungen verbunden ist und diplomatische Intervention nicht zufriedenstellend verlaufen, kann dies der Anlass für eine militärische Intervention bzw. Mission auf der Grundlage des R2P der Staaten sein, die für sich beanspruchen, den Menschenrechtsnormen einer „good governance“ zu genügen.

5. Die Waffen des Nordens für die Konflikte im Süden

Weil immer mehr Geld in die Rüstung gesteckt wird, können Konflikte immer leichter auch militärisch ausgefochten werden. Die Drohung, militärisch einzugreifen, wird sehr häufig als politisches Druckmittel verwendet (besonders gefährlich im Fall der Drohungen gegenüber dem Iran). Die Reaktion darauf sind weitere Rüstungsanstrengungen. Der Rüstungswettkampf des frühen 21. Jahrhunderts unterscheidet sich vom Wettrüsten während des Kalten Krieges in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dadurch, dass sich nicht mehr zwei koordinierte Blöcke gegenüber stehen, sondern eine Vielzahl von Staaten in „neuer Unübersichtlichkeit“ an dem tödlichen Wettrennen beteiligt sind. Zwischen 2001 und 2006 nahmen die weltweiten Militärausgaben real um etwa 30 Prozent zu, auf im Jahr 2006 geschätzte 1,179 Billionen US-Dollar. Fast die Hälfte, nämlich insgesamt 528 Milliarden US-Dollar, entfallen auf die USA (BICC 2008: 12). Die Zahlen des SIPRI sind ganz ähnlich. 45% aller Rüstungsausgaben der globalisierten Welt werden von den USA aufgebracht und mehr als 80%, wenn alle NATO-Länder berücksichtigt werden. Der Kern des Problems von Unfrieden und Kriegen ist also nicht in den armen Ländern des Südens zu finden; er ist im „charming circle“ der NATO-Partner zu suchen, zumal diese für die globalen Krisen, unter denen die Länder des globalen Südens besonders zu leiden haben, hauptverantwortlich sind.

Mehr als 200 Kriege sind seit 1945 geführt worden. Das waren keine Weltkriege, aber sie haben in fast aller Welt stattgefunden: in Asien, Afrika, Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten. Der von Präsident Bush nach dem 11. September 2001 erklärte Krieg gegen den Terror ist vielleicht ein Weltkrieg, nur hat er Nordamerika nach dem 11.9.2001 und dem Aufbau des „Heimatschutzes“ nicht mehr erreicht. Dort gab es keinen Krieg, wohl aber alltägliche Gewalt, der Hunderttausende zum Opfer gefallen sind: Jährlich zählt man in Amerika etwa 30.000 Tote und 65.000 Verletzte, die Opfer des Gebrauchs von Handfeuerwaffen werden. (Kister 2008). Die USA haben Hunderttausende von Soldaten überall in der Welt stationiert oder im aktiven Kriegseinsatz, sie betreiben an die 700 Militärstützpunkte (nach Chalmers Johnston), die über den gesamten Globus verteilt sind. Der Krieg, den sie in vielen Weltregionen führen, kommt derzeit in Form von ökonomischen Belastungen, dem Wertverfall des US\$, extremen „globalen Ungleichgewichten“ und als psychische Deformationen von Soldaten zurück. Allein die Operation Enduring Freedom in Afghanistan, die Operation Noble Eagle zur Sicherung der Militärbasen und die

Operation Iraqi Freedom haben nach Angaben des US-Kongresses mindestens 700 Mrd US\$ verschlungen (http://www.humansecuritygateway.info/documents/CRS_Iraq-Afghanistan_costGWOT_updated23Jun08.pdf).

Die meisten Kriege in der Zeit nach der Blockkonfrontation wurden nicht zwischen sondern innerhalb von Nationalstaaten geführt. Waren sie Bürgerkriege? In aller Regel nicht. Denn zumeist waren die Großmächte, die im Sicherheitsrat der UNO einen ständigen Sitz haben, formelle oder informelle Kriegspartei: Großbritannien von 1946 bis 2003 21 mal, Frankreich 19 mal, die USA in 16 Fällen. Auch die UdSSR und später Russland und China waren in Kriege verwickelt (Human Security Brief 2008). Kriege sind häufig „asymmetrisch“ (Münkler 2002), weil sich auf einer Seite des bewaffneten Konflikts ein mächtiger Nationalstaat oder ein noch mächtigeres Bündnis wie das der NATO oder eine „Allianz von Willigen“ und in Zukunft möglicherweise eine „League of Democracies“ als informelle Kriegspartei befindet. Es ist daher eine einseitige Sichtweise, wenn die nicht-formellen Kombattanten („Terroristen“) für die Asymmetrie der Kriegführung verantwortlich gemacht werden.

Die meisten Kriege waren also innerstaatliche Kriege, aber mit internationaler Beteiligung; sie könnten gar nicht geführt werden, wenn nicht mit Hilfe des legalen, halblegalen und illegalen Waffenhandels die in den Waffenschmieden des globalen Nordens erzeugten Waffen gegen gutes Geld in den globalen Süden gelangen würden. Der internationale Waffenhandel bringt es heute auf fast 200 Mrd US\$ im Jahr (BICC Jahresbericht 2007/ 2008). Das ist der Grund, warum in der Welt 639 Millionen Gewehre, darunter 70 Millionen russische Kalaschnikow, 7 Millionen US-amerikanische M-16 und ebenso viele deutsche G3 des mittelständischen Unternehmens Heckler und Koch zirkulieren. Fast 90 Prozent der Waffenlieferungen stammen aus Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrats. Mit dem Verweis auf den „dual use“ oder mit dem Argument der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Schaffung von Arbeitsplätzen werden Verbote und Beschränkungen umgangen. Der Planet Erde ist nicht nur ein „planet of slums“, sondern ein waffenstarrer Planet. Auf 10 Erdenbürger kommt eine Schusswaffe (in den USA mehrere Schusswaffen auf einen US-Bürger), und dann bedarf es nur noch der Konflikte, um die Waffen der Reichen in den Händen der Armen „zum Sprechen“ zu bringen.

Auf den ersten Blick sind die Kriege des Globalisierungszeitalters weniger blutig als in den Zeiten zuvor. Denn die Zahl der direkten Kriegesopfer ist rückläufig (Human Security Brief 2007). Während der Bombardements Serbiens im Jahr 1999 ist nicht ein NATO-Soldat ums Leben gekommen und auch die Zahl der gefallenen Soldaten aus Jugoslawien hielt sich in Grenzen. Im Irak oder in Afghanistan gehen die Opfer der Interventionstruppen in die Tausende, aber das ist wenig im Vergleich der getöteten Zivilisten. Auch in „intelligent“ und mit „chirurgischer Präzision“ geführten bewaffneten Konflikten hat die Zivilbevölkerung zu leiden. Wenn nicht eine Hochzeitsgesellschaft „versehentlich“ bombardiert und dabei sogar die Braut getötet wird, sind die zivilen und zu vielen Opfer kaum eine Notiz wert. Die Zahl der zivilen Kriegesopfer ist jedenfalls zwischen vier und zehn Mal so hoch wie die Zahl der Opfer unter den Kombattanten (Human Security Report 2005: 128):

6. Kriegsökonomien und Kriegerstaaten

Staaten können zerfallen, wenn die Souveränität schwindet. Das ist keineswegs ein Schicksal von „schwachen Staaten“ im globalen Süden, wie von der Forschung über „Räume begrenzter Staatlichkeit“ suggeriert wird (z.B. SFB 700 der DFG). Das findet auch im globalen Norden statt. Die zig tausend Tonnen Müll auf Neapels Straßen bezeugen die begrenzte Staatlichkeit ebenso wie die Nutzung einer Grenze zur Einrichtung einer „special jurisdiction“ auf einem Alpenfelsen oder auf einem Inselchen in der Karibik oder im Ärmelkanal im Interesse von spekulativen Fonds oder semi-kriminellen Steuerhinterziehern aus wohl-funktionierenden Staaten, die sich diese Räume begrenzter Staatlichkeit im Interesse ihrer geldvermögenden Bürger leisten.

Wenn Staaten zerfallen, heißt das also nicht, dass auch die Ökonomien scheitern. Gemäß neoliberaler Weltinterpretation können Märkte staatliche Strukturen ersetzen. Folglich entstehen in Zeiten der Globalisierung eher Kriegsökonomien als - dem antiken Sparta vergleichbare - Kriegs- und Kriegerstaaten. Sie sind "global offen", über große Distanzen mit den Waffenschmieden, mit großen Bankhäusern und Transnationalen Konzernen aus den Industrieländern verbunden. Ohne Offshore-Zentren, wo Sicherheitsfirmen residieren, wo die Waffenhändler häufig ihren Sitz haben, könnten die Kriegsökonomien gar nicht existieren. Sie bedürfen des Placet der globalen Machthaber, um schmutziges Geld waschen zu lassen und dann in die

globalen Finanzkreisläufe einzuleiten. Ohne Kollusion der globalen Finanzakteure wäre der 11. September 2001 ausgefallen und die Welt hätte nicht vergessen, dass am 11. September 1973 der General Pinochet mit Hilfestellung seitens des CIA die Demokratie in Chile blutig hinweggeputscht hat. So manche Kriegsökonomie würde obendrein sehr schnell ohne die Schattenwirtschaft der organisierten Diasporagemeinden, ohne die Transfernetzwerke von Hawala-Banken zur Überweisung der „remittances“ und ohne die Dienstleistungen von sizilianischer, russischer oder kolumbianischer Mafia, und ähnlicher ehrenwerter Gesellschaften austrocknen. Eine schmutzige Kriegsökonomie irgendwo in der Welt setzt also die kooperative Existenz eines Finanzplatzes in den zivilisierten Zentren der Welt voraus, die als Schnittstelle zum legalen Geldkreislauf des „zivilgesellschaftlichen“ Kapitalismus fungieren können.

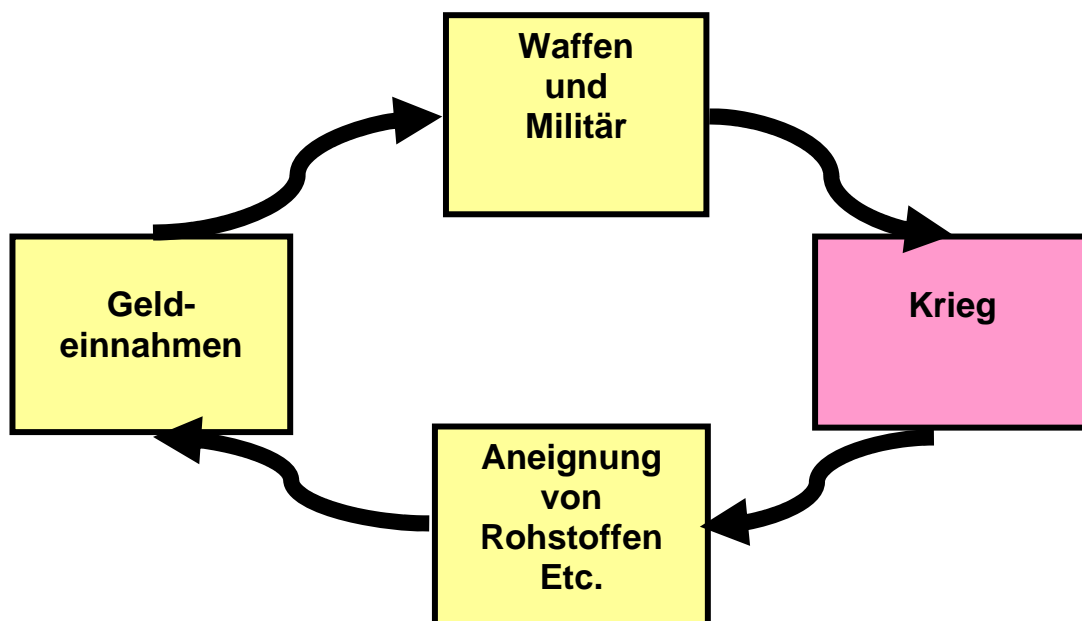
Infolge dessen wäre es tatsächlich verfehlt, diese Kriege in traditioneller Weise als „innerstaatliche“ Konflikte zu interpretieren. Das waren die Bürgerkriege während des „Kalten Krieges“ zwar ebenfalls nicht. Doch im Unterschied zu der Zeit bis 1989 sind die bewaffneten Konfliktparteien der "neuen Kriege" Akteure auf globalen Märkten, die mit anderen globalen Akteuren Handel treiben, Kreditbeziehungen unterhalten und persönliche Kontakte pflegen. Sie sind durch Marktbeziehungen in das kapitalistische Weltsystem integriert, und weniger durch die politischen Beziehungen zwischen Staaten und deren Institutionen. Alles das ist eine Folge der Liberalisierung der Märkte und Deregulierung der Politik seit der Mitte der 1970er Jahre. Auch die Hilfsorganisationen werden als globaler Akteur funktional in den Konflikt einbezogen und die Hilfsgelder werden nicht selten marktvermittelt in die Kassen der Bürgerkriegsparteien umgeleitet.

Wie jedes ökonomische System hat auch die Kriegsökonomie eine Input- und eine Outputseite. Auf ihrer "Input-Seite“ sind die Waffenschmieden aus den Industrieländern (häufig Kleinwaffenproduzenten) involviert. Die Waffen und Söldner und manchmal auch professionelle Publicity-Agenturen, die die Sache der jeweiligen "Bürgerkriegspartei" als eine gute Sache, als „gerechten“ Krieg der internationalen Öffentlichkeit verkaufen, müssen bezahlt werden. Die Einnahmen der Bürgerkriegsparteien stammen häufig aus dem Verkauf von mineralischen und energetischen Rohstoffen, von natürlichen Ressourcen wie Tropenholz, seltenen Tierarten und deren Produkten (z.B. Elfenbein), von Drogen, die auf dem Territorium angebaut (oder durchgeleitet) werden, über das die Kriegsparteien

militärisch herrschen. Manche der Produkte sind als solche legal (wie Erdöl), andere sind illegal (wie Drogen).

Die „Inputfaktoren“ der Bürgerkriegsökonomie werden mit den Gelderlösen aus dem „Output“ (etwa aus dem Verkauf der Rohstoffe) finanziert. Häufig wird der Kreislauf zwischen Input und Output „kurz geschlossen“: Die Waffen und die Soldateska bekommen direkt, also ohne Vermittlung des Geldes, jene Rohstoffe übereignet, deren Extraktion sie kriegerisch erzwingt. Daher arbeiten Söldnerfirmen mit Rohstofffirmen und –händlern eng zusammen. Wir sehen also, dass der Gegenstand dieses Vortrags ein Kreislauf ist. Die Reichen liefern den Armen die Waffen. Doch müssen diese bezahlt werden. Dies ermöglichen die Geldeinnahmen aus den Verkäufen von Rohstoffen, die mit dem Einsatz der Waffen (zur Erlangung von Kontrolle über Naturreichtümer) gewonnen werden können. Dieser monetäre Kreislauf ist zerstörerisch für die Menschen, untergräbt ihre Sicherheit und verletzt die Menschenrechte. Er wird hauptsächlich vom globalen Norden in Gang gehalten. Regierungen sind zumeist involviert, aus den Industrieländern ebenso wie aus der „armen Welt“.

Die Märkte zwischen Waffenhändlern und Käufern in den Kriegsstaaten bzw. –ökonomien, zwischen Rohstoffanbietern und –nachfragern sind eingebettet in globale Marktkomplexe, insbesondere in die globalen Finanzmärkte. Diese besorgen die Verbindung zwischen Kriegsgeschehen und ökonomischer Plünderung, weil sich diese ja nur lohnt, wenn die Einkünfte aus der Plünderung „recycled“ und dabei legalisiert werden können. Die Kriegsökonomie ist also zu einem guten Teil „Ökonomie der Enteignung“ (dispossession), integraler Bestandteil des „neuen Imperialismus“ (Harvey 2004; Altvater 2005).



Die Privatisierung der Gewaltanwendung und der Einsatz von bezahlten Söldnertruppen haben nicht nur den Zerfall der Nationalstaatlichkeit und die Entstehung der Kriegsökonomie zur Folge. Im Zuge von Globalisierung, Deregulierung und Privatisierung gehen viele Bereiche staatlicher Souveränität an private Akteure der Ökonomie über. Öffentliche Güter werden privatisiert, und als private Güter müssen sie für den Anbieter einen Profit erbringen. Von den Nutzern müssen sie auf dem Markt gekauft werden, da sie als öffentliches Angebot nicht mehr verfügbar sind. Dies gilt selbst für die öffentliche Sicherheit, die privatisiert wird. An Häusern und Mauern drohen auf angebrachten Plaketten private Sicherheitsfirmen mit „armed response“, sollte sich jemand am privaten Eigentum vergreifen wollen. Informelle Normen regulieren in zunehmendem Maße an Stelle der normgestützten förmlichen und öffentlichen Institutionen das gesellschaftliche Leben. Das staatliche Gewaltmonopol wird unterminiert – und es wird durch die Mächte, die die „Schutzverantwortung“ übernehmen, repariert. Das Instrumentarium der „global governance“ steht zur Verfügung, um die souveräne Macht von Nationalstaaten durch international mandatierte Interventions- und Regulationsmacht zum Schutz der Menschenrechte zu ersetzen, „um Menschheitsverbrechen zu beenden“, wie der ehemalige australische Außenminister Gareth Evans versichert (in: SEF News, Frühjahr 08: 8).

7. Was tun?

Finanzkrise, Peakoil, drohender Klimakollaps und Zusammenbrüche der Versorgung mit Nahrungsmitteln und die damit im Zusammenhang stehenden Kriegsdrohungen und militärischen Interventionen erzeugen den Eindruck einer bevorstehenden Apokalypse. Es ist auch eine Paradoxie, dass sich Mächte zu schützen versuchen, indem sie andere Weltregionen mit Krieg überziehen, um so „das Böse“ einzudämmen. Das Böse kommt aber nur scheinbar von außen, es entspringt in der eigenen Welt. Man lese Jean Christoph Rufins „Globalia“. Daher ist das Konzept der responsibility to protect wenig hilfreich. Es verdeckt den globalen Kontext der Krisen der Menschheit und lenkt von der Verantwortung des Nordens ab.

Doch wo kann angesetzt werden, um der Chaotisierung der Welt Einhalt zu gebieten? Das Schaubild gibt einen Hinweis. Wenn in dem Kästchen nicht „Krieg“, sondern „Frieden“ stehen soll, müssen die Geldflüsse aus dem Rohstoffverkauf ausgetrocknet, d.h. die Aneignung der Rohstoffe muss unterbunden werden. Das betrifft die Verkäufer in den Rohstoffländern ebenso wie die Käufer in den Industrieländern, zumeist transnationale Konzerne. Auch der Verkauf von Waffen, von Kleinwaffen zumal wäre strikter zu kontrollieren als dies heute geschieht. Der im R2P-Konzept verwendete Begriff der „root causes“ kann also hilfreich sein, wenn diese auch im Wirken des internationalen Systems in Zeiten der Globalisierung und nicht vor allem in „internen Konflikten“ eines Landes gesucht werden. Es geht also nicht in erster Linie darum, unter Missachtung nationalstaatlicher Souveränität einer drangsalierten Bevölkerung zu Hilfe zu eilen, auch weil dies sehr häufig schief geht, sondern die internationale Ordnung so umzugestalten, dass die globalen Krisen bewältigt werden können: Die Klimakrise, die Energiearmut, der Hunger und die Finanzkrise mit ihren Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Einkommen, die Lebensbedingungen der Menschen überall in der Welt. So ließen sich drohende Klimakriege (Welzer 2008) vermeiden, der „Kollaps“ von Gesellschaften (Diamond 2006) wie schon manches Mal in der Geschichte der Menschheit abwenden

Literatur

- Albrecht, Ulrich u.a. (2007): Ein europäisches Sicherheitskonzept, Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse, Februar 2008
- Altvater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen, (Westfälisches Dampfboot) Münster

- Altwater, Elmar (2008): Kohlenstoffzyklus und Kapitalkreislauf – eine „Tragödie der Atmosphäre“, in: Altwater, Elmar/ Brunnengräber, Achim, Hrsg.: Ablasshandel gegen Klimawandel? – Marktbasierende Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen, Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, (VSA) Hamburg: 149 - 168
- Altwater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit – Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Münster (Westfälisches Dampfboot)
- Bello, Walden (2008): Manufacturing a Food Crisis, in: The Nation, May 15 2008
- BICC 2008: Bonn International Conversion Center (2008): Jahresbericht 2007/ 2008 (http://www.bicc.de/publications/jahresbericht/2008/bicc_jahresbericht_2007_2008.pdf)
- Canfora, Luciano (2008): Die Freiheit exportieren. Vom Bankrott einer Ideologie (Papyrossa) Köln
- Davis, Mike (2007): Planet der Slums, Berlin und Hamburg (Assoziation)
- DESA (2008): Department of Development and Social Affairs of the United Nations Secretariat: World Economic and Social Survey. Overcoming Economic Insecurity, (United Nations) New York (<http://www.un.org/esa/policy/wess/wess2008files/wess08/wess2008.pdf>)
- Diamond, Jared (2006): Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen (S. Fischer) Frankfurt am Main
- Evans, Gareth (2008): „Die staatliche Souveränität war eine Lizenz zum Töten“, in: Stiftung Entwicklung und Frieden, SEF News, Frühjahr ,08: 8-10
- Grefe, Christiane/ Schumann, Harald (2008): Der globale Countdown. Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung – die Zukunft der Globalisierung, (Kiepenheuer & Witsch) Köln
- Harvey, David (2003): The New Imperialism, Oxford (Oxford University Press); dt. Der neue Imperialismus, Hamburg (VSA)
- ICISS 2001: International Commission on Intervention and State Sovereignty (2001): The Responsibility to Protect (<http://www.iciss.ca/pdf/Commission-Report.pdf>)
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). 2007. Fourth Assessment Report of the IPCC (2007) on Climate Change, <http://ipcc-wg1.ucar.edu/wg1/wg1-report.html>
- Jäger, Michael (1999): Habermas dixit, in: Freitag 19, 7. Mai 1999
- Kister, Kurt (2008): Ein Schuss Freiheit. Feuerwaffen sind identitätsstiftend in den USA – dem trägt nun auch das Oberste Gericht Rechnung, in: Süddeutsche Zeitung Nr 149, 28./ 29. Juni 2008, S. 2
- Luxemburg, Rosa (1913/ 1979): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin (Buchhandlung Vorwärts Paul Singer)
- Münkler, Herfried (2002): Die neuen Kriege, Reinbek (Rowohlt)
- Oxfam (2008): Another Inconvenient Truth. How biofuel policies are deepening poverty and accelerating climate change, June 2008

- Pogge, Thomas (2008): A Consistent Measure of Real Poverty: A Reply to Ravaiillon, in: International Poverty Centre, One pager, No. 54, May 2008
- Pogge, Thomas W. (2006): Eröffnungsrede, Dokumentation der Veranstaltung "Soziale Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt – Utopie oder realisierbares Ziel?", 30.11. – 1.12. 2006, Bonn, Stiftung Entwicklung und Frieden
- Potsdamer Frühjahrsgespräche 2008: Geteilte Schutzverantwortung?, in: SEF News, Frühjahr ,08
- Powell, Jonathan (2008): Eine Lanze für liberale Interventionen, in: Internationale Politik, Juli/ August 2008. 56-61
- Shaikh, Anwar/ Ragab, Amr (2008): The Vast Majority Income (VMI): A New Measure of Global Inequality, in: International Poverty Center, Policy Research brief, No. 7, May/ 2008
- Stern, Nicholas. 2006. Stern-Review on the Economics of Climate Change, Her Majesty's Treasury. Government of the United Kingdom. http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/sternreview_index.cfm
- Tönnies, Sybille (2008): Die iranischen Atomwaffen verhindern, in: Neues Deutschland, 20. Juni 2008, S. 11
- UNDP (2007): Human Development Report 2007/ 2008. Fighting climate change. Human solidarity in a divided world, New York
- WBGU (2003): Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel. Energiewende zur Nachhaltigkeit, (Springer) Berlin, Heidelberg, New York etc.
- WEF (2008): World Economic Forum: Global Risks 2008, World Economic Forum, January 2008 (<http://www.weforum.org>)
- Welzer, Harald (2008): Klimakriege, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5, 2008: 31-48
- World Bank (2008): G8 Hokkaido-Toyako Summit. Double Jeopardy: Responding to High Food and Fuel Prices, July 2, 2008